



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/009/2010)

am Donnerstag, 19.08.2010,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Lars Röher
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

Vertretung für Frau Helma Orosz

SPD-Fraktion

Ines Vogel

FDP-Fraktion

André Schindler

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl
Thomas Engel
Melanie Hörenz
Dr. Dirk Jordan
Thomas Pallutt
Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Sabine Bibas
Kristin Hornschild
Christina Koch
Valentina Marcenaro
Jens Raubach
Martin Seidel
Regina Thielmann
Roland Wirlitsch
Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Claudia Joseit
Anita Köhler
Jutta Opitz
Stefan Zinkler

Vertretung für Frau Kristina Winkler
Vertretung für Herrn Franz-Josef Fischer
Vertretung für Herrn Claus Lippmann
Vertretung für Herrn Patrick Schreiber

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec
Markus Degenkolb
Claus Lippmann
Friederike Schilder
Kristina Winkler
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Frau Hipke
Frau Hedrich
Herr Schreiber
Frau Dietze
Frau Sturm
Frau Berthel

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt

Gäste:

Frau Schönitz
Herr Deigweiher
Herr Wolfer
Frau Kleber
Frau Steudtner
Frau Schell
Frau Saudo
Frau Skupin
Frau Tirchau
Herr Kreuzsch
Frau Träger
Herr Glatzel
Frau Wesener
Herr Fitzke
Frau Schlosser
Herr Passon

Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.

Studentin TU Dresden
Studentin TU Dresden
Mobile Jugendarbeit Dresden Süd e. V.
Mobile Jugendarbeit Dresden Süd e. V.
Kindervereinigung Dresden e. V.
Sportjugend DD
Outlaw gGmbH
Unternehmen Kultur gGmbH
Sofa 9/Roter Baum e. V.
Sofa 9/Roter Baum e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.

Schriftführerin:

Frau Volbrecht
|

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der öffentlichen und nicht öffentlichen Niederschrift vom 20.05.2010
- 2 Betreuung der Kindertageseinrichtung Moritzburger Weg 67 c, 01109 Dresden, sowie deren Aufnahme in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen **V0396/10
beratend
(federführend)**
- 3 Berichte aus den Unterausschüssen
- 4 Erfahrungsbericht zum Modellprojekt „Begrüßungsbesuche des Jugendamtes bei Familien nach Geburt eines Kindes“
- 5 Informationen
- 5.1 Aktueller Bericht zur kommunalen Streetwork

Nicht öffentlich

- 6 Informationen

öffentlich

Herr Stadtrat Hoffsommer eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Zur Sitzung wurde form- und fristgemäß eingeladen. Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

Er informiert darüber, dass vor der Sitzung ein Antrag auf Behandlung des Antrages A0094/09 vom 10.02.2010 „Auflösung kommunaler Streetworkbüros in Dresden“ in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.09.2010 eingereicht wurde.

Abstimmung der TO

Bereits mit der Einladung wurden diverse Informationen versandt. Folgende weitere Informationen und Antworten auf Fragen aus der letzten Sitzung wurden in der heutigen Sitzung ausgereicht:

- Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Jahr 2010 – Leistungseinschränkungen aufgrund der Kürzungen der Landesmittel gemäß Richtlinie Jugendpauschale Sachsen;
- Information zum Teilplan „Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe und angrenzende Aufgaben“ – Zwischenbericht gemäß Stadtratsbeschluss V0093/09;
- Umstrukturierungsprozess der kommunalen Straßensozialarbeit.

Unter TOP 5 bestehe dann die Möglichkeit der Nachfrage zu diesen Informationen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Die TO wird ohne Änderungen bestätigt und Herr Stadtrat Hoffsommer fährt mit TOP 1 fort.

1 Kontrolle der öffentlichen und nicht öffentlichen Niederschrift vom 20.05.2010

Herr Stadtrat Kießling verweist darauf, dass unter dem TOP 5 (Seite 10 der Niederschrift) eine Zeitschiene zur Jugendhilfeplanung 2010 aufgeführt wurde.

Er stellt fest, dass das Förderkonzept im August 2010 nicht beschlossen werden kann. Vor diesem Hintergrund bittet er um Auskunft, ob die anderen Termine eingehalten werden können oder ob diese sich ebenfalls um Monate nach hinten verschieben.

Herr Stadtrat Hoffsommer schlägt vor, im Teil Informationen noch einmal darüber zu sprechen.

Die Niederschrift vom 20.05.2010 wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses mit 14/0/0 Stimmen bestätigt.

Es gibt keine weiteren Anfragen. Herr Stadtrat Hoffsommer schließt den TOP.

2 Betreuung der Kindertageseinrichtung Moritzburger Weg 67 c, 01109 Dresden, sowie deren Aufnahme in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen **V0396/10 beratend (federführend)**

Frau Bibas erläutert und begründet die Vorlage.

Herr Stadtrat Zinkler fragt nach, welche Folgen es hätte, wenn, wie in der Vorlage angedeutet, ein neuer Eigentümer da wäre, der das Gebäude für andere Zwecke nutzen möchte. Könne er kündigen und was werde aus der Einrichtung und mit den dort betreuten Kindern?

Frau Bibas erklärt, dass der neue Eigentümer laut Insolvenzrecht ein Sonderkündigungsrecht von drei Monaten habe, von dem er auch Gebrauch machen könne, was vorstellbar, aber zurzeit spekulativ sei. Möglich wäre aber auch, dass der Eigentümer die jetzige Nutzung beibehalte, um so einen zahlbaren Mieter zu haben.

Der angegebene Wert des Gebäudes sei relativ hoch, so dass sich die Frage stelle, ob es bereits Interessenten gebe. Da das Haus als Kita gebaut wurde, müsste der neue Eigentümer investieren. Für die betreuten Kinder müssten bei einer Kündigung Möglichkeiten in anderen Kitas gefunden werden.

Herr Stadtrat Kießling halte das Sonderkündigungsrecht in planerischer Hinsicht für die Stadt für unbefriedigend. Es wäre aus seiner Sicht sinnvoll, der Oberbürgermeisterin einen Prüfauftrag zu erteilen, ob ein Erwerb der Immobilie möglich wäre.

Frau Bibas erinnert daran, dass zum Zeitpunkt der drohenden Insolvenz wenige Kinder in dieser Einrichtung betreut wurden, die man hätte umlenken können. Das sei nicht gewollt gewesen. Sie habe immer darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Standort langfristig ungünstig sei. Selbstverständlich wäre es möglich, dass die Landeshauptstadt Dresden sich an der Zwangsversteigerung beteilige. Aber es stelle sich die Frage, ob es sinnvoll wäre, diese

Immobilie zu erwerben, wenn man vielleicht in zehn Jahren Probleme mit der Nutzung bekomme. Aus diesem Grund halte sie es für nicht gut, das Haus zu erwerben.

Herr Stadtrat Kießling könne die Argumente von Frau Bibas so nicht teilen. Er denke, dass bei einem günstigen Preis der Erwerb der Immobilie Sicherheit für fünf Jahre schaffen könne. Ein späterer Verkauf sei sicherlich kein Problem. Da der Kaufpreis momentan nicht bekannt sei, wäre der Prüfauftrag an die Oberbürgermeisterin richtig, der auch negativ ausfallen könne.

Er halte es für nicht gut, diese Einrichtung in den Bedarfsplan aufzunehmen, wissend, dass diese Immobilie eventuell verkauft werde.

Herr Stadtrat Zinkler halte einen Prüfauftrag für nicht schädlich.

Herr Stadtrat Kießling beantragt, einen Beschlusspunkt 3 anzufügen:

„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob ein Erwerb der Immobilie durch die Landeshauptstadt Dresden wirtschaftlich und planerisch sinnvoll ist.“

Der Ergänzungsantrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf. Die so geänderte Vorlage wird auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zur Abstimmung gebracht.

Nach erfolgtem Votum wird der TOP geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 0

3 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr Engel berichtet aus der Sitzung des Unterausschusses vom 09.08.2010. Ein Thema sei die Vorlage V0396/10 gewesen. Durch die Verwaltung sei ein Präsentationspapier zur Bildungsarbeit ausgelegt worden. Hierzu werde noch einmal in der Fach-AG Kita diskutiert.

Des Weiteren gab es eine Anfrage zur Fachkräftesituation von Erzieherinnen und Erziehern im Eigenbetrieb. Dazu wurde mitgeteilt, dass dieses Jahr ca. 100 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt worden seien und dass die Bewerbungslage momentan sehr gut aussehe. So gebe es 300 Bewerbungen. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass, bei Vorliegen des Einverständnisses der Bewerberinnen und Bewerber, diese bei Ablehnung durch den Eigenbetrieb an die freien Träger weitergereicht werden können.

Weiterhin gab es eine Anfrage, welche Auswirkungen die Kürzung der Landesmittel auf die FSJ-Stellen beim Eigenbetrieb haben.

Die nächste Sitzung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung finde am 30.08.2010 statt, informiert Herr Engel.

Weiteren Informationsbedarf gibt es nicht, **Herr Stadtrat Hoffsommer** beendet den TOP.

4 Erfahrungsbericht zum Modellprojekt „Begrüßungsbesuche des Jugendamtes bei Familien nach Geburt eines Kindes“

Frau Berthel und Frau Dietze informieren zum Modellprojekt „Begrüßungsbesuche des Jugendamtes bei Familien nach Geburt eines Kindes“. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Herr Stadtrat Kießling bemerkt, dass in der Präsentation von 2.000 bestätigten Besuchen innerhalb eines Jahres ausgegangen werde. Das sei aber weniger als die Hälfte der Dresdner Geburtenrate und weiche von der Zahl der Abmeldungen ab. Er stellt die Frage, ob alle Eltern angeschrieben werden und wie die räumliche Verteilung in der Stadt sei.

Frau Dietze erläutert, dass die genannte Zahl von 2.000 keine bestätigten, sondern die tatsächlich stattgefundenen Besuche beinhalte. Sie verdeutlicht, dass nicht absehbar gewesen sei, dass Dresden einen solchen Geburtenboom erlebe und man an Kapazitätsgrenzen stoße. Trotzdem sei man bemüht, allen Eltern das Angebot eines Begrüßungsbesuches zu unterbreiten.

Herr Stadtrat Hoffsommer fragt nach, ob aus Kapazitätsgründen nicht allen 5.000 Eltern ein Besuchertermin angeboten werden könne.

Frau Dietze bestätigt dies.

Herr Engel verweist darauf, dass die Stadt ca. 180.000,00 EUR Gesamtpersonalkosten ausbe. Berichtet wurde, dass das Modellprojekt auslaufe und ein Antrag an den KSV auf weitere Finanzierung gestellt wurde. Gibt es dazu bereits einen Sachstand? Wenn keine Finanzierung erfolge, gebe es Überlegungen der Stadt, wie die Finanzierung eingeordnet werden könne, um diese Arbeit weiter fortsetzen zu können.

Frau Opitz informiert darüber, dass die Arbeit weitergeführt werden solle. Die Begrüßungsbesuche seien verwaltungsmäßig für die Jahre 2011 und 2012 geplant. Über eine Umsetzung müsse der Stadtrat noch entscheiden. Gleichzeitig sei der Antrag gestellt worden, dass 50 % vom Land finanziert werden. Eine entsprechende Antwort stehe noch aus.

Frau Vogel fragt nach, ob die Begrüßungsbesuche nach einem Zufallsgenerator oder nach bestimmten Kriterien ausgesucht werden. Sie erinnert daran, dass Herr Stadtrat Kießling die Frage nach der räumlichen Verteilung in der Stadt gestellt habe.

Frau Berthel erläutert, dass es keine bestimmten Kriterien und auch kein Zufallsprinzip gebe. Bekannt seien von den Eltern lediglich Name, Adresse und Geburtsdatum. Versucht werde, die Touren so zusammenzustellen, dass sie sinnvoll seien und möglichst wenige Wegezeiten auftreten. Erst mit dem Besuch werde bekannt, was das für eine Familie sei, wie viele Kinder sie habe. Während des Besuches werden die Eltern über datenschutzrechtliche Dinge informiert. Die Daten werden nach dem Besuch oder einer Absage gelöscht.

Frau Greif ergänzt, dass alle Eltern mit Neugeborenen angeschrieben werden. Eine Differenz bestehe zwischen den tatsächlich durchgeführten Besuchen und den angezeigten Geburten in der Stadt.

Herr Stadtrat Kießling habe Probleme mit folgenden Zahlen. Aufgezeigt werde der Zeitraum eines Jahres mit 2.000 durchgeführten Besuchen. Die Absagequote liege bei ca. 37 %. Die 2.000 Besuche seien aber weniger als die Hälfte der Geburtenrate. Hier bestehe eine zahlenmäßige Differenz.

Frau Berthel bemerkt, dass die angeschriebenen Familien erfasst seien, davon habe ein Viertel abgesagt.

Herr Stadtrat Hoffsommer bricht an dieser Stelle die Diskussion ab. Er habe den Eindruck, dass hier über ein mathematisches und kein fachliches Problem diskutiert werde. Er bittet die Verwaltung, die Zahlen noch einmal zu konkretisieren und mit den Realgeburten und den Begrüßungsschreiben abzugleichen.

Herr Dr. Jordan verweist darauf, dass das Modell von den Eltern sehr gut angenommen werde. Jetzt drohe eine Nichtverlängerung. Da stelle sich die Frage, welche Möglichkeiten es gebe, dieses tolle Modell trotz des bereits jetzt bestehenden Defizits weiter voranzubringen oder zukünftig noch besser zu machen.

Herr BM Seidel informiert darüber, dass die Signale für eine 3-jährige Förderung des Landes für dieses Modell durchaus positiv seien.

Er stellt fest, dass mit mehr Personal das Defizit abgearbeitet werden könnte. Wenn der Stadtrat der Meinung sei, dass für dieses wichtige Projekt mehr Stellen und zusätzliche Gelder bereitgestellt werden sollten, müsste dies in den Haushaltsberatungen mit einer Rolle spielen.

Am Ende der drei Jahre werde es eine Evaluierung geben. Dann werde man entscheiden, ob dieses Projekt durch die Stadt selbst oder mit anderen Partnern weitergeführt werde.

Frau Hörenz verweist darauf, dass die Frage, ob es Unterschiede in den einzelnen Stadtteilen gebe, immer noch nicht beantwortet wurde. Weiterhin möchte sie wissen, ob in der ausgereichten roten Broschüre an die Eltern auch der Jugendinfo-Server als Internetplattform aufgeführt sei.

Frau Dietze bemerkt, dass es in den einzelnen Stadtteilen hinsichtlich der Absagen keine besonderen Schwerpunkte gebe. Die angesprochene Broschüre werde zurzeit überarbeitet, Bestandteil werde auch der Jugendinfo-Server sein.

Herr Stadtrat Hoffsommer konstatiert, dass sich die Arbeit eines Sozialpädagogen in einem gewissen Spannungsfeld bewege, Stichwort § 8 a „Kindeswohlgefährdung“. Er stellt die Frage, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diesem Thema umgehen.

Frau Dietze verweist darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwar vorbereitet seien, aber keine andere Rolle übernehmen wie jede Erzieherin in einer Kita oder eine Mitarbeiterin in einem Kinder- und Jugendhaus. Sie zeigen den Eltern Möglichkeiten auf, wo sie den richtigen Ansprechpartner für ihre Probleme finden.

Frau Hornschild möchte wissen, wie mit den Absagen umgegangen werde. Wie werde reagiert, wenn überhaupt keine Rückäußerung der Eltern komme?

Frau Berthel verweist darauf, dass die Eltern, die auf das erste Angebot nicht reagieren, noch einmal angeschrieben werden. Teilweise werde das Angebot dann angenommen. Erfolge eine Absage, werden die personenbezogenen Daten gelöscht. Nachfragen nach den Gründen erfolgen nicht.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. **Herr Stadtrat Hoffsommer** schließt den TOP.

5 Informationen

Informationen aus der Verwaltung

Frau Opitz informiert darüber, dass die Klausurberatung zum Thema „Aufgaben, Rechte und Pflichten im Jugendhilfeausschuss“ am 03.09.2010 in der Diakonie stattfinden werde. Moderieren werde Frau Hedrich von der Fachhochschule Meißen. Herr Mann werde das Einführungsreferat halten. 14 Teilnehmer seien zurzeit gemeldet.

Weiterhin informiert sie über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den veränderten Rechten nichtehelicher Väter.

Herr Bürgermeister Seidel geht auf die Themen „Jugendhilfeplanung“ und „Förderkonzept“ und deren Zeitschienen ein.

Er verweist darauf, dass ihm seit dem 11.08.2010 eine erste Bestandsanalyse vorliege, die bestenfalls ein Teil der Jugendhilfeplanung sein könne, Aussagen zum Bedarf seien nicht enthalten. Er gehe davon aus, dass in diesem Jahr der Jugendhilfeplan 2011 bis 2016 nicht mehr verabschiedet werden könne. Insofern werde die gesamte Zeitschiene schwierig, weil dieser Jugendhilfeplan gemeinsame Grundlage für die Förderung 2011 sein sollte. Dies betreffe auch das Förderkonzept.

Er gehe davon aus, dass im Wesentlichen im Jahr 2011 über eine Gesamtfördersumme gesprochen werden könne, wie sie in diesem Jahr nach den Kürzungen der Landespauschale vorhanden war.

Insofern müsse man sich im Unterausschuss Förderung schnellstens darüber unterhalten, was 2011 gefördert werden solle, aber ohne eine überarbeitete Jugendhilfeplanung. Hier müsse man überlegen, auf welcher Grundlage das passieren solle.

Für 2012 bedeutet das, dass die Förderung ausschließlich bzw. auf Grundlage einer beschlossenen Jugendhilfeplanung erfolgen müsse. Die Verwaltung gehe derzeit davon aus, dass es vor dem Jahr 2013 ff. keine Mehrjahresförderung geben könne.

Herr Stadtrat Kießling sei es schon gewohnt, dass eine rechtzeitige Jugendhilfeplanung nicht vorliege. Verwundert sei er über die Aussage von Herrn Bürgermeister Seidel hinsichtlich der Gesamtfördersumme. Von verschiedenen Stellen, Vereinen, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes habe er, unter der Hand mehr oder weniger öffentlich gehört, dass man sich auf eine Förderung einstelle, die mit einer Kürzung zwischen 500.000,00 EUR und 1 Mio. EUR einhergehe. Herr Bürgermeister Seidel aber sprach von einer gleichbleibenden Summe.

Er habe den Eindruck, dass in anderen Bereichen hinsichtlich der Planung weit aus besser, korrekter und nachvollziehbarer gearbeitet werde, z. B. im Sportbereich. Er habe großes Interesse daran, dass der Eigenbetrieb dem Jugendhilfeausschuss vielleicht schon in seiner nächsten Sitzung seine Erfahrungen mitteile.

Herr Stadtrat Hoffsommer greift den Vorschlag auf und bittet die Verwaltung um Umsetzung.

Herr Bürgermeister Seidel habe von absoluten Zahlen gesprochen. Die Landesförderung werde im Jahr 2011 rund 500.000,00 EUR niedriger sein als ursprünglich für 2009/2010. Wenn keine weiteren Kürzungen mehr geplant seien, werde man sich im Rahmen von diesem Jahr bewegen. Bei einigen Trägern, wo der dreijährige Übertragungszeitraum auslaufe und im Hinblick auf Tarifierhöhungen und die Höhe des Bedarfes könne es rein real um andere Summen gehen. Entscheidend sei aber, was öffentlich kommuniziert werde und nicht das, was unter der Hand von dem einen oder anderen erzählt werde.

Frau Hörenz halte es für dringend erforderlich, sich in den Unterausschüssen Förderung und Jugendhilfeplanung über die Thematik Planung zu unterhalten.

Herr Bürgermeister Seidel werde am Dienstag sicherlich konkreter werden können. Sein Büro werde dieses Verfahren die nächsten Monate wieder ein Stück weit koordinieren, um die genannten Zeitschiene einhalten zu können. Die Details und das weitere Vorgehen werden selbstverständlich in den Unterausschüssen thematisiert.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Hoffsommer:

„Ich muss gestehen, mir vergeht langsam die Freude und die Lockerheit hier, weil ich ehrlich gesagt langsam nicht mehr weiß, wie wir zusammen unsere Arbeit machen sollen, wenn uns die Basis fehlt. Ich bin gerade schwer am Überlegen, was ich mir am 03.09.2010 über Pflichten, Aufgaben und Rechte des Jugendhilfeausschusses und über partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Verwaltung antun muss, wenn die Grundbasis für diese Zusammenarbeit und die Haltwerkszeit von Aussagen hier gegen Null gehen. Ich muss gestehen, ich werde darüber noch einmal nachdenken. Ich sehe im Moment keine Basis für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Das sage ich in aller Härte. Es wird am Ende wieder bei uns in der Politik liegen, dass irgendjemand sagt, ihr habt irgendwie auf irgendeiner windigen Basis Geld verteilt. Dann kommt vielleicht noch dazu, wenn es hart auf hart kommt, dass sich die Fraktionen untereinander anfangen zu haken, weil wir keinerlei Orientierung haben, wie wir hier ordentlich fördern sollen und das seit Jahren. Das ist eine Situation, wo ich nicht weiß, wie ich weiter damit umgehen soll und wo ich gestehen muss, da bin ich auch als Mandatsträger überfordert, meinen Job verantwortungsvoll zu tun, wenn mir die Basis der Verwaltung entzogen wird.“

Ich muss gestehen, ich muss darüber nachdenken und ich muss auch irgendwann jetzt langsam anfangen nach den Jahren juristisch zu überlegen, ob es eine Möglichkeit gibt. Das grenzt an Untätigkeit. Ich kann es leider nicht mehr entspannt herüberbringen.“

Herr Stolte stellt fest, dass von der Gesamtfördersumme 2010 nach Kürzung durch ausfallende Landesmittel noch einmal 117.590,00 EUR, wie aus der Information zur Streetwork zu ersehen, abgezogen werden müssen. Ob es dabei bleibe, sei noch unklar, z. B. unabweisbare Kostensteigerungen (Tarifsteigerungen). Hier müsse man überlegen, ob man einen politisch gesteuerten „Rasenmäher“, einen „indexgesteuerten Rasenmäher“ ansetzen wolle oder ganze Angebote schließen müsse, ansonsten reiche das Geld vorn und hinten nicht. Verantwortung trage man dafür, dass die Angebote, die gefördert werden, auch eine gute sozialpädagogische Arbeit machen. Die Umsetzung sehe er als schwierig an, weil es keine Jugendhilfeplanung gebe.

Informationen aus dem Ausschuss

Herr Engel bezieht sich auf seine Anfrage zum Kinderschutzkonzept. Die Antwort der Verwaltung sei sehr undifferenziert und man könne damit wenig arbeiten. Er bittet noch einmal darum, die beiden Fragen mit Daten bis zur nächsten Sitzung zu unterlegen.

Weiterhin erbittet er Erläuterungen zu den Zuwendungsbescheiden. Irritiert sei er darüber, dass laut Punkt 3.8 die freien Träger aufgefordert wurden, noch einmal eine Stellenbeschreibung für die Eingruppierung ihrer Beschäftigten abzugeben.

Er gehe davon aus, dass die von den freien Trägern eingereichten Anträge auf Grund von Tarifänderungen durch die Verwaltung geprüft worden seien.

In diesem Zusammenhang sollte die Verwaltung, insbesondere das Rechtsamt, die Zweckmäßigkeit der Formulare zur Stellenbezeichnung noch einmal prüfen. Ihm sei aufgefallen, dass in einem Datenblatt die freien Träger eine Fachmethodenkompetenz nachweisen sollen. Seiner Auffassung nach sei das nicht zur Bewertung einer Stelle zu sehen.

Die Beantwortung erbittet er bis zur nächsten Sitzung.

Frau Dahl stellt die Frage, wie viele Widersprüche es zu den Zuwendungsbescheiden gebe.

Frau Vogel bezieht sich auf die Nutzungsvereinbarung für die A 19. Durch den Betreuer des Jugendamtes wurden die Nutzer aufgefordert, einen Raum vorab zu räumen. Wenn sie das nicht selbst tun würden, würde er geräumt werden und alles entsorgt. Diese Information finde sie schockierend, denn es gebe keinerlei Grundlage, das zu tun. Die Nutzungsvereinbarung laufe noch bis Jahresende und der Raum sei Teil dieser Nutzungsvereinbarung. Habe das Jugendamt Kenntnis von diesem Vorgang und wie wolle das Jugendamt darauf reagieren?

Des Weiteren bittet sie um Auskunft, warum die Aufstellung der Förderung der freien Träger nach den Vereinbarungen zur Umsetzung der Kürzungen in den einzelnen Leistungsbereichen noch nicht vorliege.

In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, dass eine Kürzung nach sozialräumlichen Indikatoren erfolgt sei. Wie sehe der Effekt der Kürzungen für jeden einzelnen Ortsamtsbereich aus? Sie bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt die Frage, ob es ein Modellprojekt zur Qualitätsentwicklung bei Hilfen zur Erziehung gebe, wenn ja, was passiere da, wenn nein, warum gebe es das nicht mehr.

Er kritisiert, dass bis heute kein Sanierungskonzept für die Jugendhäuser vorliege. Der Beschluss sei bereits vor drei Jahren gefasst worden.

Frau Hörenz stellt fest, dass es großen Sanierungsbedarf in einzelnen Jugendhäusern gebe und unklar sei, ob die eine oder andere Immobilie überhaupt weiterbetrieben werden dürfe. Deshalb sei ein Sanierungskonzept dringend erforderlich.

Herr Bürgermeister Seidel merkt an, dass die Vorlage Kinderschutzkonzept in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin mit der Intention vertagt wurde, diese gemeinsam mit dem Haushalt zu beraten. In die Planung wurde eingearbeitet, was stellenplanerisch und finanziell in 2011/2012 umzusetzen sei. Insofern bestehe rein formal gesehen keine Schwierigkeit, in den nächsten zwei Monaten sich in der Verwaltung und im Jugendhilfeausschuss zu positionieren.

Zum Thema Sanierungskonzept verweist er darauf, dass die Vorlage eine Priorisierung enthalte. Alle Projekte, die in den nächsten Jahren realisiert werden sollen, wurden durch das Jugendamt noch einmal nach jugendplanerischem Ansatz geprüft. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das eine oder andere Objekt am Jahresende vielleicht gar kein Jugendhilfeobjekt mehr sei, weil z. B. der Vermieter gekündigt habe.

Anfang September werde die Vorlage in die Dienstberatung der Oberbürgermeisterin eingebracht, teilt Herr Bürgermeister Seidel mit.

Herr Stadtrat Hoffsommer stelle Herrn Bürgermeister Seidel eine Strafkasse auf, wenn weiterhin von jugendhilfeplanerischen Einschätzungen des Jugendamtes gesprochen werde.

Frau Hörenz stellt die Frage, ob in die Vorlage der Sanierungsbedarf des Fan-Hauses übernommen werde.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt klar, dass diese Frage sehr speziell sei und bittet, diese separat zu klären.

Frau Opitz könne die Frage zu den Stellenausschreibungen at hoc nicht beantworten. Die Beantwortung erfolgt schriftlich bis zur nächsten Sitzung.

Frau Greif informiert, dass mit Stand 16.08.2010 45 Widersprüche mit unterschiedlichen Begründungen eingegangen seien. Eine Übersicht wird bis zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Zur Situation A 19 führt sie aus, dass es sich nach ihrem Kenntnisstand um den ehemaligen Fitnessraum handle. Dieser dürfte von den Jugendlichen nicht mehr genutzt werden, weil sie keinen Nachweis für eine Person erbracht haben, welche die Fitnessgeräte oder das Training mit begleite und beaufsichtigen könne. Die Jugendlichen der A 19 haben sich an einem Dominoprojekt beteiligt, wo diese Betätigung auch intensiv unterstützt werden solle. Im Rahmen dieses Projektes wurden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und einem Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, ein solches Zertifikat zu erwerben. Das haben die Jugendlichen leider nicht geschafft.

Daraufhin wurde der Raum leer geräumt, da es Bedarf einer anderen Institution gab, die das Jugendamt um Hilfe und Unterstützung gebeten habe, weil im Nachbarobjekt gegenwärtig Baumaßnahmen laufen.

Sie könne ausschließen, dass irgendwelche Gegenstände entfernt worden seien, die Eigentum der Jugendlichen waren. Trotzdem werde sie sich noch einmal sachkundig machen. Bei ihrem letzten Besuch sei die Problematik ihr gegenüber nicht angezeigt worden.

Herr Stadtrat Hoffsommer verweist darauf, dass nach seinem juristischen Verständnis auf Grund der Nutzungsvereinbarung ein Rechtsbestand bestehe, egal, ob die Aktivitäten, die dort geplant seien, nicht ausgeführt werden.

Er bittet das Jugendamt dringend zu prüfen, inwieweit dieser Raum Bestandteil der Nutzungsvereinbarung sei. Wenn das so sei, müsse den Jugendlichen dieser Raum weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

Offen sei für ihn die Information „Kürzung Leistungsbereiche, sozialräumliche Darstellung“. Er bittet um Vorlage bis zur nächsten Sitzung.

Weiterhin offen sei die Frage zum Modellprojekt Hilfe zur Erziehung. Auch hier bittet er um Beantwortung bis zur nächsten Sitzung.

5.1 Aktueller Bericht zur kommunalen Streetwork

Frau Opitz verweist auf die ausgereichte Information vom 12.08.2010 und gibt Erläuterungen dazu. Sie informiert darüber, dass im Rahmen des mit der TU abgeschlossenen Evaluationsvertrages auch die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses interviewt werden könnten.

Herr Stadtrat Hoffsommer erinnert an den eingangs angesprochenen Antrag auf Behandlung des Antrages A0094/09 „Auflösung kommunaler Streetworkbüros Dresden“. Er schlägt vor, die Diskussion in der Sitzung am 16.09.2010 zu führen.

Frau Hörenz fragt an, ob heute Nachfragen zu diesem Papier möglich seien.

Auch **Herr Stadtrat Kießling** würde Nachfragen stellen wollen.

Herr Stadtrat Hoffsommer eröffnet die Fragerunde.

Herr Stadtrat Kießling sehe folgende Diskrepanz:

Auf der Seite 1 der Information werde davon gesprochen, dass im Januar 2011 der Abschlussbericht der Evaluation geplant sei. Im nächsten Absatz werde aber aufgeführt, dass die Arbeitsplatzbeschreibung für die Straßensozialarbeiterinnen/Straßensozialarbeiter nur bis zum 31.12.2010 gelte. Nach seiner Auffassung müsste die Beschreibung wenigstens gleich bleiben, bis die Evaluation abgeschlossen sei.

Auf Seite 3 werden die drei Projekte in freier Trägerschaft noch einmal benannt, die jeweils für ein halbes Jahr einen Anteil von Straßensozialarbeit zusätzlich gefördert bekommen. Wie viel wurde im realen Streetwork umgesetzt und wie viel sei bei diesen Projekten im Rahmen der allgemeinen Kürzung „verschwunden“?

Frau Hörenz stellt fest, dass die Verwaltung in ihrer Planungsgröße von 15 Straßensozialarbeiterinnen/Straßensozialarbeitern ausgehe. Wie setze sich das zusammen? Sie gebe zu

Bedenken, dass das Förderbudget für die 2,5 zusätzlichen Stellen nur bis zum 31.12.2010 begrenzt sei.

Frau Stadträtin Köhler fragt nach, ob die angesprochenen 15 Stellen das Mögliche oder wirklich der Bedarf seien und wie diese sich über das Stadtgebiet verteilen. Sie komme aus dem schönen Stadtteil Laubegast. Seit es dort keinen Streetworker mehr gebe, gebe es eine Naziszene.

Herr Zimmermann würde gern wissen, wie die demografische Entwicklung über das Jahr 2009 hinaus aussehe. Dazu müssten doch belastbare Zahlen vorliegen. Er vermute einmal, dass diese dann doch wieder in eine andere Richtung gehen.

Frau Opitz merkt zur Frage von Herrn Stadtrat Kießling an, dass die Arbeitsverträge noch einmal einen Monat verlängert werden können. Sie denke, dass der Zwischenbericht im Oktober schon einmal Tendenzen aufzeigen werde, in welche Richtung es gehe.

Die Frage nach den Auswirkungen der Kürzung der Mittel wird nachträglich durch den Geschäftsbereich Soziales schriftlich beantwortet.

Sie verweist darauf, dass die genannten 15 Stellen ein Angebot der Verwaltung seien. Um eine Diskussion darüber zu eröffnen, müsse zunächst ein Angebot auf den Tisch, das nach oben oder nach unten verändert werden könne. Wenn man alle Stellen in der Stadt addiere, komme man auf ca. 27 Stellen, zum Vergleich, Nürnberg 9,4 Stellen, Leipzig 11 Stellen, Potsdam 6 Stellen.

Zur Verteilung der Stellen auf die Stadtteile könne sie momentan keine Auskunft geben.

Die Ermittlung des Bedarfes basiere auf einer Bedürfnisartikulation der Betroffenen zu gesellschaftlichen Erfordernissen, die politisch gewollt und künftig finanzierbar seien.

Die Zahlen bei der demografischen Darstellung werden von der kommunalen Statistikstelle veröffentlicht. Durch die Verwaltung wurde erst einmal die Entwicklung bis 2009 aufgezeigt.

Herr Stadtrat Hoffsommer bittet, die Zahlen noch einmal nachzureichen.

Herr Engel habe die Bitte, bis zur Behandlung des Antrages am 16.09.2010 die Ausschreibung zur Evaluation auszureichen, da er deren Ziel nachlesen wolle.

Frau Hörenz möchte folgende Frage bis zur nächsten Sitzung schriftlich beantwortet haben:

„Können Sie bitte ausführlich und detailliert darstellen, wie sich die Planstellen und besetzten Personalstellen im Leistungsbereich Mobile Jugendarbeit/Streetwork seit 2000 bis jetzt jährlich verändert haben (Zu- und Abgänge). Hierbei bitte ich um eine separate Darstellung

Stand	Kommunale Träger der Jugendhilfe	Freie Träger der Jugendhilfe
2000		
2001		
...		

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. **Herr Stadtrat Hoffsommer** schließt den TOP.

Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Informationen. Er beendet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 20:00 Uhr.

Jens Hoffsommer
Stellvertretender Vorsitzender

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Lars Röher
Stadtrat

André Schindler
Stadtrat